

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Nationale Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Pf. ohne Anfragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12543.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die jedespolnische Vollseite 10 Pf., außerhalb der Hauptbeamten 12 Pf., im einzelnen Fall (nur von Behörden) die Seite 200 Pf. — Grußgedank und Reklame 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gebue. — Druck und Verlag: Carl Gebue in Dippoldiswalde.

Nr. 290

Dienstag den 13. Dezember 1921

87. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Sonntagnachmittag den 17. dieses Monats nachm. 3/4 Uhr findet in Dippoldiswalde im Gasthof „Stadt Dresden“ Amtstag statt.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 8. 12. 1921.

Verteiltes und Sächsisches

Dippoldiswalde. Die Revolution und die damit verbundenen Aenderungen in verschiedenster Hinsicht haben es naturgemäß mit sich gebracht, daß Personen, Personenvereinigungen, Berufsgruppen usw. auch die Zeit für gekommen sind, wo Hoffnungen, Wünsche, Forderungen — teilweise schon recht alt — Erfüllung finden oder doch der Erfüllung näher gerückt würden. Hierher gehört nicht zuletzt der Volkschullehrstand. Er kämpft, abgesehen von den Forderungen der neueren Zeit, noch um solche, die vor einem Menschenalter und vor noch langerer Zeit erhoben wurden von Pädagogen, die im allgemeinen oder mindestens in Fachkreisen als Autoritäten gelten. (Die Rede ist hier nur von Forderungen, die das Unterrichtswesen betreffen, diejenigen persönl. Art scheiden aus.) Zu beachten ist dabei, daß der Lehrer nicht an dem Geschlecht arbeitet, das gegenwärtig in die Geschichte mitbestimmend eingreift und sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen abzufinden hat, sondern er arbeitet am kommenden Geschlecht, hat deshalb seine Lehrzeiten dem anzupassen und eilt mit seinen Forderungen der Zeit voraus. Wollte der Lehrer den Zweck seiner Arbeit anders aussaffen, so wäre das Stillstand; Stillstand aber ist auch hier Rückschrift. Und doch hat gewiß gerade dieser Umstand zur Folge, daß gar mancher die Lehrerforderungen nicht versteht, sie für überspannt, für Utopien oder gar für schädlich hält. Ja, ist es doch heute sowohl gekommen — das soll ruhig einmal ausgesprochen werden —, daß solche Forderungen schon allein deshalb, weil sie eben von Lehrern kommen, in manchen Kreisen der Diskussion für nicht wert gehalten und einfach abgetan werden mit einem bedauernden Achselzucken. Auch noch aus einem anderen Grunde geschieht das. Der Lehrer ist Idealist, mehr oder weniger; muß es sein, soll ihm die Arbeitsfreudigkeit erhalten bleiben. Er kann nicht wie der Kaufmann am Jahresende den Effekt seiner Arbeit in Mark und Pfennige umrechnen. Auch da versteht ihn mancher nicht. (Zuzugeben ist, daß sowohl bezüglich der Zukunftsforderungen, wie des Idealismus in Einzelfällen über das Ziel hinausgeschossen wird. Das ist menschlich, kommt überall vor und ändert an der Sache selbst nichts.) Es kommt noch ein weiteres hinzu. Wenn z. B. in einem Fabrikbetriebe die leitenden Personen, also die Fachmänner, sich darüber einig geworden sind, daß diese oder jene Einrichtung von Vorteil ist, wird sie eingeführt — vorausgesetzt daß die etwa nötigen Gelder vorhanden seien. Wenn aber ein Lehrerkollegium sich über eine solche Frage einig geworden ist, so geht der Antrag erst an den Schulausschuß. Vermag man diesen günstig hierfür zu stimmen, so ist das Spiel noch nicht gewonnen, denn Rat und Stadtverordnete müssen auch noch ihre Zustimmung geben. (In letzteren beiden Körperschaften steht vielleicht zufällig kein Fachmann.) Dann spielt auch die Geldfrage noch eine Rolle — hinzutage sogar eine sehr große. Manche Lehrerhoffnung geht auf diesem Wege in die Brüche. Damit soll nicht gesagt sein, daß das immer falsch sei. Denn in diesen Kollegien kommen eben die Allgemeine Interessen zur Geltung. Alles das aber bringt es mit sich, daß in Lehrerkreisen — bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger — aus der Enttäuschung mit der Zeit die Überzeugung wird, daß man seine Tätigkeit nicht achtet, nicht schätzt, nicht gebührend würdig; daß all sein Streben um Verbesserung des Schulwesens zwecklos sei; ja die Erbitterung wird sogar so groß, daß man annimmt, auf der anderen Seite fehlt der gute Wille, auf die Lehrerforderungen einzugehen. So ähnlich dürften die Verhältnisse leider heute auch bei uns liegen. Die Schulausschüsse nicht nur der allerleichten Zeit u. a. beweisen das. Die Sache erscheint einer näheren Betrachtung wert. Sie mit einer abweisenden Geste und mit einem Achselzucken abzuwenden, wäre verfehlt, vielmehr sollte versucht werden, die eigentlichen Beweggründe des verschiedenseitigen Wollens besser zu ergründen, damit wäre dem gegenseitigen besseren Verstehen der Weg geebnet und schon viel gewonnen. Wenn man den Lehrer z. B. einschlägt, daß bezüglich der Abschaffung der 3. Hilfsschulklasse bindende Beschlüsse vorliegen, sodann

alles Reden nichts mehr nützt, so beweist man ihnen zwar, daß ihr Mühen vergeblich war, nicht aber, daß ihre Forderung falsch oder unzureichbar ist, besonders wenn der stärkste Schriftsteller des bindenden Beschlusses nur der ist, daß man ja jetzt wegen Erkrankung des einen Hilfsschullehrers auch mit zwei Klassen auskommen muß. Einmalig traten nicht nur die leichten, sondern auch schon die früheren Lehrervertreter im Schulausschuß für die 3. Hilfsschulklasse ein. Und fast während war es, als Herr Lehrer Gast in der letzten Schulausschüttung — nachdem er einsehen mußte, daß doch alles vergeblich war — bat, man möge wenigstens für einzelne Stunden, wie z. B. Deutsch und Rechnen, eine Trennung in der Oberklasse zulassen. Das zeigt nicht nur große Liebe zur Sache, sondern auch innere Überzeugung von der Notwendigkeit. Das gibt doch zu denken. Und man darf annehmen, daß es vielleicht doch richtiger gewesen wäre, der Lehrerschaft die 3. Hilfsschulklasse zu überlassen und damit allerdings auch die Sorge, wie sie sich hier mit der Platzfrage abfaßt. Letztere ist übrigens die hauptsächlichste äußere Ursache der herrschenden Verstimmungen in der Lehrerschaft und auch im Elternrat. Doch scheinen auch hier Mithverständnisse zu bestehen. Die Bürgerschule muß mit der Handels- und Gewerbeschule sich in den vorhandenen Raum teilen. Darauf läßt sich nichts ändern, zurzeit wenigstens nicht. Wenn nun die Lehrerschaft der Bürgerschule sagt, daß die Bürgerschule in erster Linie für die Kinder da ist, so will sie damit sicher nicht sagen, die andere Schule müsse weichen, selbst wenn das ihr Weiterbestehen in Frage stelle. Das ginge jedoch gegen das Streben der Lehrerschaft, die allgemeine Volksbildung zu heben. Auch der Elternrat will das gewiß nicht. Grund zur Mithaltung ist vielmehr die hier wie dort herrschende Meinung, durch die Beschlüsse der städtischen Kollegien würden der Bürgerschule, die das Haustrecht hat, größere Beschränkungen zugemutet, als wie der Handels- und Gewerbeschule, die Gatzrecht genießt. Nun kann man sich ja auf den Standpunkt stellen: der Rat hat das letzte Wort und damit ist die Sache erledigt. Misstrauen und Mithaltung besiegt man aber damit nicht. Das geschieht nur, wenn man hier z. B. im einzelnen nachweist, daß eine Besserstellung des Gastes nicht besteht, daß z. B. beide Schulen zu möglichst gleichmäßiger Ausnutzung ihrer Lehrzimmer genötigt sind. Die Aussprache in den Sitzungen läßt allerdings gerade in dieser Hinsicht Ungleichmäßigkeiten vermuten. Ist aber leichteres der Fall, so darf man sich dann nicht wundern, wenn immer wieder die Forderung erhoben wird: die Schule mit nur hiesigen Kindern darf mindestens nicht schlechter gestellt werden, als die Schule, deren Schüler mindestens zur Hälfte von auswärts kommen. Das ist tatsächlich eine berechtigte Forderung und durchaus nicht Antipathie gegen die Handels- und Gewerbeschule, deren Wichtigkeit niemand ernstlich bestreiten wird. Ist diese Forderung aber bereits erfüllt, so gut das möglich ist, so kann es auch nicht schwer sein, das zu beweisen. Und dann wird und muß jeder vernünftige Mensch sich zufrieden geben. Wird sie nicht erfüllt, bleibt auf der einen Seite das Gefühl des Zurückgewichseins. Das aber in jeder Hinsicht zu zerstreuen, bleibt in der ganzen hier behandelten Frage Aufgabe von Schulausschuß, Stadtworthern und Rat. Damit vergibt sich niemand etwas. Bleibt dann trotzdem hier und da ein Unbelehrbarer, so läßt sich das nicht ändern. Das gibt überall. Das darf nicht entmutigen. — Weiter: Lehrerschaft und Elternrat legen viel Wert auf Erhaltung der beiden Elementarklassenzimmer 15 und 17. Man darf annehmen, daß die Handels- und Gewerbeschule sich mit den beiden darüberliegenden gleichwertigen Zimmern zufrieden gibt. Wenn nun im Rat nach den Auflösungen in der letzten Schulausschüttung die Meinung vorherrscht, 15 und 17 doch der Handels- und Gewerbeschule zuzuweisen, und zwar aus dem einzigen Grunde der besseren Trennung der beiden Schulen, so ist das schwer zu verstehen. Die Trennung wird doch nicht erreicht, da z. B. das Direktorzimmer im 2. Stock liegt, übrigens auch im Erdgeschoss Bürgerschüler unterrichtet werden. Wohl aber müssen dann die Kleinen die Treppen begehen. Das ist aber nicht gefährlich. Jeder muß das zugeben, wenn er bedenkt, daß z. B. bei Pausen und Schulschluss gleichzeitig mit den Kleinen auch größere Kinder in größerer Zahl die Treppe benutzen, und das oft etwas stürmisch. Die Ansrede, die Kleinen denselben ja auch andere Treppen, ist nicht stichhaltig. Die Verhältnisse sind eben da andere. Diese Forderung erscheint also berechtigt und leicht erfüllbar, und eine Unzufriedenheit wäre bestmöglich. — Nun noch ein Wort zu dem in der letzten Schulausschüttung behandelten Antrag der Lehrerschaft auf Anstellung eines Sprachlehrers. Bereits bei Gründung der B-Abteilung bezeichnete Herr Schuldirektor Ebert das für die

Oberklassen derselben als notwendig (irren wir nicht, auch die eines Mathematikers als wünschenswert). Für Französisch ist der Zeitpunkt gekommen. Die Gründe, die das Lehrerkollegium jetzt zur Stellung des Antrages veranlaßten, legte Herr Schulleiter Schmidt dar. Sie sind einleuchtend. Der Sprachunterricht erfordert in vorgeschrittenem Stadium einen Mann für sich. Der Volksschullehrer kann das nicht nebenbei auch noch sein. Der Leistungsfähigkeit des Menschen sind eben schließlich natürliche Grenzen gezogen. Die Aussprache ergab aber nicht, daß der Schulausschuß die Lehrerschaft in dieser Hinsicht verstand. Die Sache wurde nach dieser Richtung hin nicht ventilirt, trotzdem das eigentlich hätte die Hauptache sein müssen. Es drehte sich lediglich um die Stundenzahlen, etwa als ob es sich um Straßenbahnschaffner handle. Die finanzielle Frage wurde noch berührt. Gewiß ist sie heute sehr wichtig. Ob aber in diesem Falle die Frage: „Wird dadurch das der B-Abteilung gesteckte Ziel gefährdet?“ nicht noch wichtiger ist? (Hiermit soll nicht ohne weiteres gesagt sein, daß das der Fall ist. Aber eine recht eingehende kritische Betrachtung nach dieser Seite hin war notwendig.) Sehr viel Bedeutung — und das hängt mit der Finanzfrage zusammen — legte man der Frage bei, ob etwa in den nächsten Jahren bei dem sicher eintretenden Rückgang der Schulkinderzahl die Lehrerzahl zu groß bleibe, wenn man jetzt noch eine ständige Stelle schaffe. Diese Frage büßt stark an Bedeutung ein, wenn man bedenkt, daß Ostern 1923 noch eine neue B-Klasse — die letzte — eingerichtet werden muß, die wieder eine volle Lehrkraft verlangt, sogar etwas mehr. Bis dahin aber lassen die Verhältnisse sich klar übersehen. Im übrigen hat unser Lehrkörper in den nächsten Jahren mit einer Pensionierung sicher zu rechnen. — Wenn diese Fragen an dieser Stelle so ausführlich behandelt wurden, so war die Triebfeder nicht Freude an der Kritik, sondern der Wunsch, Mithverständnisse aufzuklären, Fingerzeige zu geben, wie solche in Zukunft etwas vermieden werden könnten, und ein besseres Verstehen anzubauen zwischen Körperschaften, die nun doch einmal gemeinsam arbeiten müssen zum Wohle unserer Stadt.

— Seit einigen Jahren haben sich zu Hausmusik und zu Wanderungen Mandoline, Laute und Gitarre eingeführt. Welch herrliche Musik auf diesen Instrumenten ausgeübt werden kann, zeigte am Sonntags im Schülensaale das Aufstellen des Dresdner Mandolinen- und Gitarrenvereins „Serena“ unter Leitung des Herrn Monke. In Duett, Quartetten und Chorspielen (12 Instrumente) kamen zum Vorlage Marsche, Tänze, Lieder und Serenaden und sandten allgemeinen Beifall. Es war wirklich erstaunlich, was auf den Zupfinstrumenten geleistet wurde, freilich überlonte die und da die Vibration der Mandolinen die Grundakorde der Gitarren, und eine Einführung von Streichinstrumenten würde mehr Bindung schaffen. Sehr schön wirkte das Zusammenspiel von Mandoline und Klavier. Der Wunsch des Herrn Monke, für Mandoline, Laute und Gitarre Liebhaber zu werben, hat durch die künstlerische Aufführung gewiß bei den Konzertbesuchern Begeisterung erfahren.

— Kauf am Platze! Die Bewohner großer Städte befriedigen ihren Bedarf an Weihnachtsgeschenken, Backmittel und dergleichen selten in kleinen Orten, aber die Bewohner kleiner Städte kaufen gern in Großstädten ein. Diese Tatsache hat zur Folge, daß sich das Kapital immer mehr in den Zentren eines Landes ansammelt, während die geschäftlichen Unternehmungen der Provinz nicht recht vom Flecke kommen wollen. Das Provinzpublikum frägt also zum Teil selbst die Schuld daran, wenn die Spanne zwischen der industriellen Tätigkeit kleiner und großer Orte immer größer wird, d. h. wenn die kleinen Orte immer weiter zurückbleiben. Und mit rechten Augen besehen, kauft derjenige, der als Provinzler seinen Bedarf in der Großstadt deckt, gar nicht so billig. Um ein Geschenk vielleicht um 5 M. billiger zu kaufen als am Orte, verreist mancher 20 M. Fahrgeld, wozu vielleicht noch höhere Reisespesen kommen. Nun ist aber manches am Orte sogar billiger und besser zu haben als in der Großstadt. Gönnt doch den heimatlichen Geschäftleuten auch ihren bescheidenen Verdienst und — kauft am Platze!

— Vor der Prüfungskommission der Gewerbeschule Dresden hat Herr Tischler Johannes Schmidt hier in vergangener Woche die Meisterprüfung abgelegt und bestanden.

— Der hiesige landwirtschaftliche Verein hält seine nächste Versammlung am 17. Dezember ab. Auf der Tagesordnung stehen Berichte über Bodenbearbeitung und Bodengare und über Geld- und Valutafragen.

Dippoldiswalde. Die Versammlung des Bezirkslehrervereins am Sonnabend in „Stadt Dresden“ galt der Feier

des 50-jährigen Bestehens des Deutschen Lehrervereins, dessen Gründung und Entwicklung Herr Lehrer Günther-Reinholzhausen in einem Festvortrage knapp, aber um so übersichtlicher überblickt und, weil selbst in die Vereinsbewegungen kritisch und standesfreudig mit eingreifend, mit tiefsinniger Kenntnis die Errungenschaften des Vereins kennzeichnete, den Alten zu bestätigender Erinnerung und der Jungmannschaft zu begleitendem Nachstreben. Schon seit Ausgang des 18. Jahrhunderts, als die Seminarbildung noch in den Kinderstühlen stand, fanden sich die Lehrer zu ihrer Weiterbildung in Konferenzen zusammen. Dieses ideale Bestreben bildet bis heute die Kernfrage aller Lehrervereinigungen. Als bei größeren Lehrerversammlungen (1843 Gründung des Sächsischen Lehrervereins zu Leipzig, 1849 Deutsche Lehrerversammlung in Eisenach) auch schulpolitische Fragen auf der Tagesordnung standen, erfolgte durch die Reaktion ein gewaltiger Rückschlag. Erst mit dem politischen Aufstieg Deutschlands ward auch der Lehrerhaft immer mehr Freiheit gewährt. Zunächst wurde ein Ausschuss gewählt, der meist alle zwei Jahre eine allgemeine Lehrerversammlung, z. B. 1849 nach Nürnberg, 1869 nach Berlin, 1870 nach Wien und zuletzt 1893 nach Leipzig berief. Hier wurde unter brausendem Jubel der mehrere Tausend Köpfe zählenden Versammlung die Vereinigung mit dem inzwischen in Berlin 1871 gegründeten Deutschen Lehrerverein beschlossen. Nach und nach gliederten sich die Landesvereine (1897 Sachsen) dem Deutschen Lehrerverein an, bis 1910 auf der Straßburger Versammlung der Zusammenschluß der Volkschullehrer Altdenkmals gescheitert werden konnte. Herr Günther befürchtete, daß man mit voller Bestrafung auf die Zeit des Bestehens des Deutschen Lehrervereins zurückzuschauen könne, er gedachte darunter der Männer, die im Verein Vertragendes geleistet haben, und wünschte dem Jubelverein weiteres, fruchtbringendes Aufblühen. Tatsächlich, würdig und schön wurde das Zusammenleben weiter gestaltet durch Vorträge eines gemischten Doppelquartetts, des Possendorfer Trios (Violin: Herr Schiffel, Cello: Herr C. Möbius, Klarinet: Herr C. Neuber-Gessing), durch Sologesänge des Herrn Lehrer Grüner und durch vierhändigtes Klavierspiel der Herren Hirschreuter-Ripsdorf und Werner hier. Herr Oberlehrer Fleischer-Oberstauendorf, sowie auch der Vorsitzende, Herr Goss dankten herzlich dem begeisterten Festredner und den Gästen edlen, musikalischen Genusses.

Die zweite elektrische Zuleitung ist gestern nachmittag fertig geworden, sodah wir nun Verbindung mit 2 Zentralen haben und das Beste davon erhoffen.

Die Dreier müssen Sachsen treffen! Sachsen hat eine Milliarde Mark Schulden. Zu ihrer Tilgung will in ähnlicher Absicht auch das Unterrichtsministerium befragt, aber nicht etwa dadurch, daß an Personal- und Sachausgaben gespart wird, sondern durch Sammeln alter Dreiermarken. Wenn man es nicht schwarz auf weiß gebracht hätte, würde man es für einen Witz halten, aber tatsächlich hat das Unterrichtsministerium dieser Tage eine Verordnung erlassen, wonach die alten Marken aus der Zeit bis 1875 gesammelt und verkauft werden sollen. Es werden genaue Vorschriften getroffen werden über die Ableitung der Marken. Wer etwas eine maut, wird mit Strafe bedroht. Hoffentlich gibt das Unterrichtsministerium zur gegebenen Zeit bekannt, wiewiel ihm seine Dreier-Sammelreihe eingebracht und wieviel sie ihm durch Beschäftigung der Beamten mit Heraus suchen, Sammeln, Registrieren, Verschicken und Verkaufen gekostet hat.

Auerdorf. Bei einer Wahlbeteiligung von 83 % der in der Wählerliste eingetragenen wurden hier 6 bürgerliche und 3 sozialistische Vertreter in den Gemeinderat gewählt. Von dem bürgerlichen Wahlvorschlag sind dies die Herren Gutsbesitzer Paul Boden, Gutsbesitzer Arthur Böhme, Lehrer Niede, Geschäftsführer Schmidchen, Sägewerksbesitzer Schmidt, Wirtschaftsbesitzer Schubert, von dem sozialistischen Vorschlag die Herren Hausbesitzer Kröger, Tischler Friedrich, Maler Löwe.

Obercarsdorf. Lange vor der für den Beginn des Unterhaltungsabends des Turnvereins (D.T.) festgesetzten Zeit war der Saal des Gasthofs bis auf den letzten Platz besetzt. In der angrenzenden Saalstube sah noch viele ein Blähchen, und viele ruhten mit einem Stuhlpinne aufzudenken sein. Ein Beweis dafür, daß der Veranstaltung von den Ortsbewohnern reges Interesse entgegengebracht wurde. Doch auch aus der Umgebung waren viele Besucher erschienen. Pünktlich begann nach kurzen Begrüßungsworten des Vereinsvorsitzenden, Herrn Flemming, die Ablösung des Programms. In seinem turnerischen Teil zeigte es Stabilübungen, ein Rad- und Barrenturnen und Reulenschwingen. Die Freilüben klappten sehr gut. Die Gerätelübungen stellten hohe Anforderungen an die Gewandtheit der Turnenden. Ohne Ausnahme wurden die Übungen von den einzelnen exakt dem Vorturner nachgeturnt und bei der Aufführung noch manch schwierige Übung gezeigt. Das ganze Turnen war ein Beweis, daß ein frischer, aufwärts strebender Geist und Liebe und Lust zu deutschem Turnen im Verein waltet. Der nichtturnerische Teil bot in der Haupthalle lebende, bewegliche Bilder, von Gesang begleitet. Drei davon führten nach dem fernen Osten und zeigten ein japanisches Teehaus, ein chinesisches Straßenbild und einen indischen Tempeltanz, zwei spielten auf heimlichem Boden, ein Eisenreiten und ein ländliches Bild: Jetzt gang i ans Brünnele. Auch ein Menett, von 8 Damen getanzt, kann man noch hierzu zählen. Alle diese Bilder waren mit außerordentlich feinem Verständnis inszeniert. Die drei ersten wirkten auch noch ganz besonders durch die Kostüme und Ausstattung der Bühne. Frau Marine-Generalarzt Martin, die auch die Bilder ersann und zusammenstellte, hatte hierzu aus ihrem Besitz echte Kostüme, Teppiche und sonstige Ausstattungsteile von großer Farbenpracht, feinsten Arbeit und hohem Wert verliehen, sie hatte es aber auch verstanden, den einzelnen Bildern, und nicht nur diesen drei „fremdländischen“, sondern auch den übrigen, soviel Natürlichkeit und Frische zu geben, daß die Besucher des Schauspiels nicht genug bekommen konnten und bei jedem Bilde Wiederholung forderten. Und andererseits darf man wohl sagen, daß alle, die in den einzelnen Bildern mitwirkten, mit der ganzen Begeisterung bei der Sach waren und ein gutes Selingen dadurch möglich machen.

Zum Schlus wurde dann noch ein einziges Singspiel „Der Wilderer“ aufgeführt. Auch hier klapperte alles ganz vorzüglich und fand den lebhaften Beifall des dankbaren Publikums. Kurz, die Vorführungen waren vom Anfang bis zum Ende prächtig, und jeder stimmt den Worten des Vorstehenden zu, als er Frau Marine-Generalarzt Martin und den Familien Röhlke und Böck, die sich um die Ausgestaltung des Abends ganz besonders verdient gemacht haben, herzlichsten Dank sagt. Der Verein wird durch diese Unterstützung einen schönen Betrag seinem Turnhallen-Bausonds zuführen können und durch seine turnerischen Vorführungen manchen Freund gewonnen haben. Morgen Dienstag findet eine Wiederholung statt. Ein Besuch ist jedem, der am Sonntag nicht war, zu empfehlen. Ebenso sicher aber ist, daß viele, die schon am Sonntag waren, zur Wiederholung nochmals gehen werden, weil es wirklich schön war.

Dresden. Der Rat beschloß eine Erhöhung der Verzinsung der Sparkassenhypotheken, und zwar für alle auswärtigen Grundstücke und Dresdner Grundstücke, soweit sie überwiegend gewerblichen Zwecken dienen, und für Bauhand auf 5%, für die übrigen Dresdner Grundstücke auf 4%.

Der Bezirksausschuß Dresden-Neustadt stellte 200 000 Mark zur Verfügung zu einer Kohlen- und Lebensmittelhilfe an Klein- und Sozialrentner mit einem Einkommen bis 5000 M. für Alleinstehende und 7000 M. für Ehepaare. Voraussetzung ist, daß andere zur Unterstützung verpflichtete Personen nicht vorhanden sind.

Dresden. Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 9. Dezember 1921 beschlossen, dem Landtag folgende Gesetzentwürfe vorzulegen: 1. den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung neuer Feiertage, 2. den Entwurf eines Gesetzes über die Gemeinschaftserziehung an den Seminaren, 3. den Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Verlängerung der Wahlauer der Mitglieder des Landeskulturrates und des Ausschusses für Gartenbau beim Landeskulturrat.

Ein Antrag auf Wiederherstellung der Steuergewalt der Gemeinden. In seiner letzten Etatrede hatte besonders auch der sächsische Finanzminister darauf hingewiesen, daß man schließlich doch wieder werde daraus zufolgen müssen, für die Einzelstaaten besondere Steuereinhebungsbehörden zu schaffen, um der Finanznot zu steuern, in die einzelnen Staaten und Gemeinden infolge des Überganges der Steuerhöhe und damit der Steuereinhebung an das Reich geraten sind. Nunmehr hat die Deutschnationale Landtagsfraktion folgenden Antrag Dr. Eberle im Landtag eingebracht: Die Regierung wird erücht, im Reiche dahin zu wirken: a) daß die Steuergewalt der Gemeinden wiederhergestellt wird, b) daß bis dahin die Gemeinde berechtigt wird, die Einkommensteuer für das Reich einzuziehen.

Copitz. Der Gemeinderat genehmigte die Gewerbesteuer mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1921.

Rammenz. Der Regimentsstag ehemaliger 178er, mit dem zugleich die Denkmalsweihe für die 2500 gefallenen 178er stattfinden wird, soll am 21. Mai 1922 in Rammenz stattfinden.

Nossen. Mit der alten schönen Sitte des Sternsingens ist heuer bereits wieder begonnen worden. Die Kurrendaner trugen das Sinnbild ihres Vorhabens, den bunten Weihnachtsstern, mit sich und begannen ihren Rundgang durch die Straßen. Das Sternsingen hat den Beteiligten wie auch den Familien, denen die Sitte willkommen ist, von jeher große Freude gemacht.

Bad Lausick. Freitag abend war der Schmiedemeister Seitig in Reichersdorf darüber, den Autogenschwapparat zu führen. Beim Fällen mit Karbid explodierte der Apparat und riß dem Bedauernswerten die Schädeldecke auf, so daß der Tod eintrat.

Marienberg. In den benachbarten Orten Lauterbach und Hilmersdorf sind durch einen tollwütigen Hund mehrere Kinder gebissen worden; ein Kind mußte nach Berlin in das Pasteurische Institut gebracht werden. Acht tollwütige Hunde wurden erschossen.

Kirchberg. Rat und Stadtverordnete genehmigten die Einführung einer Musikinstrumenten- und einer Beleuchtungssteuer (letztere soll eine Luxussteuer bedeuten) und die Erhöhung der bestehenden Sätze der Lustbarkeits- und der Hundesteuer, ferner die Aufnahme eines kurzfristigen Darlehens, um die nach der neuen Reichsbefolgsordnung erhöhten Beziehungen der städtischen Beamten und Ruhesäntler so bald als möglich auszahlen zu können.

Reitzig. In der Gemeinderatssitzung am 8. Dez. wurde in gemeinschaftlicher Sitzung mit der Amtshauptmannschaft und Vertretern des Stadtrats Plauen die Eingemeindung der Flur Stadtwald Plauen nach Plauen beschlossen. Bisher gehörten diese Flurstücke des ehemaligen Rittergutes Reitzig zur Flur Reitzig. Die Eingemeindung nach Reitzig gemäß Verordnung vom 31. Dezember 1918 wurde der Gemeinde nur große Lasten auferlegt haben. Nunmehr sind innerhalb der Amtshauptmannschaft Plauen sämtliche Rittergüter einverlebt bis auf Schneckengrün, wo noch Verhandlungen schwelen. Da Schneckengrün als gemeinhinliche Anstalt keine Reichssteuern zu zahlen hat, würde die Gemeinde zwar die Wegbaulast des Alttorgutes, aber keinen Steueranteil erhalten.

Ein trauriges Kapitel.

Der bekannte rheinische Sonderbündler Joseph Smeets ist in Köln verhaftet worden, weil er nicht zu einer Gerichtsverhandlung wegen Bekleidung des Reichspräsidenten usw. erschienen ist. Ihm ist also das widerfahren, was jedem anderen deutschen Staatsbürger widerfahren würde, der den Versuch machen sollte, sich den auständigen Berichten zu entziehen. Über, Herr Smeets ist für die Leute jenseits unserer westlichen Grenzen ein ganz besonderer Mann und steht unter ganz besonderem Schutz. Als er verhaftet wurde, befanden sich — sein regelmäßiger Ber — drei Franzosen in seiner Wohnung, die sich der Verhaftung des Smeets zu widersetzen versuchten. Aber die englischen Behörden in Köln erkannten den

Smeets vorliegenden Haftbefehl als zu Recht bestehend an, da auch Herr Smeets sich den geltenden deutschen Gesetzen zu unterwerfen hat, so weit sie nicht aus Gründen politischer Art gegen ihn vorgehen, die aus seinen Beziehungen zu Mitgliedern der Internationalen Rheinlandkommission herrühren könnten. Dies trifft in diesem Falle nicht zu.

Und trotzdem schreit die Pariser Chauvinisten-presse Beter und Nordio, sie fordert im Verein mit dem bekannten Unabhängigkeitsaktivisten Maurice Barres den Ministerpräsidenten Briand zum Einschreiten auf und Briand hat sich denn auch an die Rheinlandkommission gewandt, um eine Aushebung der Verhaftung des Josef Smeets zu erreichen.

Wie sehr den französischen Machtpolitikern der von ihnen ausgehaltene Strohmann Smeets am Herzen liegt, beweist im übrigen die Art und Weise, wie sie ihn am vergangenen Sonntag in Bonn unter ihren Schutz genommen haben. Dort tagte die Rheinische Republikanische Volkspartei, an deren Spitze Herr Smeets steht. Rund 300 Vertrauensleute, meist verführte Landsleute aus der Eifel, denen man goldene Berge versprochen hat, waren anwesend, mehr war im Rheinland nicht auszutreiben. Und dieses kleine Häuslein war gut gesichert. Französische Gendarmen sicherten die Zugangsstraßen zum „Der Kaiserpalais“, in dem die Landessouveränen vom Schlag des Herrn Smeets tagten. Auch die Zugänge wurden von französischen Gendarmen bewacht, die Ausweise von Ihnen geprüft. Nach der Sitzung geleiteten französische Gendarmen Herrn Smeets zur Haltestelle des elektrischen Bahnhofs, damit er ja unverfehlt nach Köln in die Hochburg der rheinischen Hochsouveränen in der Luxemburger Straße gelange. Diese Angaben genügen wohl, um zu zeigen, in welchen Diensten Herr Smeets steht und in welchen Interessen er arbeitet. Den Rheinländern kann man diesen dunklen Ehrenmann nicht zur Last legen, sie werden weit von ihm abdrücken, wenn er an die Verwirklichung seiner Pläne herangehen sollte, die man ihm in Bonn aufgetragen hat. Sein Ziel könnte er nur gegen den Willen der Bevölkerung, geführt auf fremde Bajonetten, erreichen; und auch das wird nicht ganz leicht sein. Er wird sich hüten!

Rheinland.

Zum Fall Smeets.

Ein Treuekenntnis der Kölner Arbeiter.

Die auf Drängen der Pariser Chauvinisten von der Rheinlandkommission erzwungene Haftentlassung des rheinischen Sonderbündlers hat im Rheinland Wirkungen ausgelöst, die von den Bürgern Smeets sicher nicht erwartet worden sind. Je mehr die Franzosen die dunklen Pläne der rheinischen Sonderbündler unterstützen, desto unerschütterlicher zeigt sich die Treue des Rheinlandes zum deutschen Vaterland.

Ein sprechender Beweis hierfür ist die folgende Entschließung, die die Kölner Arbeiterschaft gegen die Umtriebe Smeets und seine von der Rheinlandkommission erzwungene Freilassung angenommen hat:

„Die heutige Versammlung der sozialdemokratischen Partei Kölns, die von mehr als 2000 Personen beteiligt wird, nimmt Gelegenheit, gegen die dunklen Machenschaften des Sonderbündlergruppen energisch Ein spruch zu erheben. Wie waren das Musiland, namentlich an Rhein und Belgien, den Clubhäusern einfließender Menschen, die sich auf unbedeutende Teile der rheinischen Bevölkerung stützen, gehör zu loben. Das rheinische Volk, namentlich die rheinische Arbeiterschaft, denkt nicht daran, sich aus dem Verbande der deutschen Republik zu lösen. Die rheinischen Arbeiter sind deutsch und wollen deutsch bleiben in dem Gedanken, die junge Republik zum Frieden der ganzen Welt zu machen. Wir wollen mit der Bevölkerung anderer Länder in Frieden und Freundschaft leben. Deshalb betrachten die Versammlungen den Eintritt in die deutsche Reichsregierung als einen Hehler, der schwere Folgen für das gegenseitige Verhältnis des deutschen und französischen Volkes haben könnte.“

Die Freilassung Smeets war von der Rheinlandkommission unter Berufung auf die Verordnung 0 gefordert worden. Hierauf darf ohne Genehmigung der Rheinlandkommission kein Verfahren und keine Verhaftung stattfinden wegen einer politischen Handlung während der Waffenstillstandzeit. Des Vergehen Smeets fällt aber keineswegs in diesen Zeitraum, vielmehr sind die Aktivitäten, die niedrige Verschimpfungen des Reichspräsidenten und verschiedener Beamte enthielten, im Jahre 1921 in seiner „Rheinischen Republik“ erschienen. Wegen dieser Beleidigungen war gegen Smeets das Haftverschaffung eingeleitet worden, ohne daß der Angeklagte jedoch der Vorladung zu dem Termin folge geleistet hätte. Daraufhin hat die Strafammer seine Festnahme angeordnet. Wie eine Verordnung, die nur auf die Waffenstillstandzeit Bezug hat, ein Eingreifen in diese Falle, wo es sich um Vergehen aus jüngster Zeit handelt, nötig machen soll, ist unersichtlich.

Loucheurs rasche Rückkehr.

Lloyd George will mit Briand verhandeln.

Der Konsulat des französischen Wiederaufbauministers Loucheur in London war wider Erwarten kurz bemessen. Über den Inhalt seiner Besprechungen mit Lloyd George besagt eine amtliche Mitteilung der englischen Regierung nur, der britische Schatzkanzler Sir Robert Horne und Loucheur hätten den Premierminister über das Wiesbadener Abkommen und über die Reparationen durch Sachlierungen in Kenntnis gesetzt.

Am 8. Januar kam man überein, daß ein informeller Meinungs austausch zwischen Briand und Lloyd George wünschenswert sei. Wie Reuter vermitteilt, wurde vereinbart, daß Briand mit Loucheur zu einer Besprechung mit Lloyd George nach London kommen soll. Diese Zusammenkunft soll eine Sitzung des Obersten Rates vorangehen, und wenn möglich, am 15. Januar vorliegen, jedenfalls aber noch vor Weihnachten, stattfinden.

Nach dem „Journal“ soll Lloyd George erklärt haben, es habe niemals in der Absicht der englischen Regierung gelegen, Deutschland bedingungslos irgend einen Abnahmevertrag zu gewähren. Der englische Premierminister habe das formelle Recht Frankreichs

auf, welche Reparationen erkannt, aber die wirtschaftliche Unordnung der Welt ungefährt, die Katastrophen nach sich ziehen kann. Die Welt kann nicht mehr von einem Tag auf den anderen leben und darf nicht mehr von einem nicht erfüllten Zahlungsvertrag abhängen.

England für ein begrenztes Moratorium?

Der Londoner Berichterstatter des "Tempo" meint, die öffentliche Meinung in England neige dazu, die Erörterung über das Wiesbadener Abkommen hinaus auf das gesamte Reparationsproblem auszuweiten. Auf allen Seiten, besonders in Arbeitkreisen, befürwortet man sich zu der Auffassung, daß eine Abänderung der Reparationsbedingungen oder des Londoner Zahlungssatzes dem wirtschaftlich bedeutsamen England Heilung bringen würde. Die Haltung der englischen Regierung auf der nächsten Tagung des Obersten Rates schon jetzt mit Besinnlichkeit anzugeben, wäre noch verfrüht, aber sie neigt der Idee eines begrenzten Moratoriums für die deutschen Verzahlungen zu unter der Bedingung, daß Deutschland seine Verpflichtungen im Januar oder auch den Forderungen im Januar und Februar genügt und die ersten Garantien dafür gebe, daß es in kürzester Frist Ordnung in seine Finanzen bringe.

Die Bank von England für kurzfristige Kredite.
Die Bank von England hat auf Verlangen der Regierung über die Möglichkeit eines englischen Kredites oder einer Anleihe an Deutschland ein Gutachten abgegeben, in dem bezeichnet wird, daß ein Zahlungsausschluß keine Rüde mehr ist. Das Gutachten lehnt es ab, Deutschland eine größere Anleihe zu gewähren, die zur Gefundung der deutschen Staatsfinanzen unmittelbar führen müsse. Es wird empfohlen, falls die deutsche Regierung die erforderlichen Sicherheiten schafft, Darlehen auf kurze Termine zu gewähren, die nach jedesmaliger Einlösung zu höheren Beträgen erneut werden können. Die Besserung der deutschen Staatsfinanzen müsse auf die Weise vor sich gehen, daß die Einnahmen des Reiches aus einer erhöhten Warenausfuhr vermehrt würden.

Mit einem begrenzten Moratorium, mit kurzfristigen Krediten und einer geringen Steigerung der Einnahmen allein ist Deutschland niemals geholfen; erst nach einer gründlichen Herabminderung der Reparationslasten ist eine Besserung der deutschen Finanzen und damit auch der Weltwirtschaft zu erwarten; zu dieser Auffassung werden sich die Alliierten durchringen müssen, wenn sie der drohenden Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ernstlich begegnen wollen.

Politische Rundschau.

Berlin, 12. Dezember 1921.

Als Nachfolger des bisherigen französischen Kommissars in Berlin, Laurent, soll der Senator de Monse auseinander sein.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde ein Antrag angenommen, der den Satz der Umsatzsteuer auf 2 v. H. festsetzt.

Der Reichswirtschaftsrat hat in erster Besprechung seines Ausschusses über den Entwurf einer Schlichtungsordnung abgelehnt.

Im Reichswirtschaftsrat wurde der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die weitere Beratung des Entwurfs einer Schlichtungsordnung in der Gesamtabstimmung abgelehnt.

Das Landesvertragsverfahren gegen Dr. Stadler ist, wie wir erfahren, vom Oberrechtsanwalt eingestellt.

Das „Kontrollrecht“ des Reichstages. Der Reichstagsausschuß für Untersuchung der Zustände in Strafanstalten besprach den bekannten Plan, die Haftanstalt Niederschönfeld in Bayern zu beschließen, gegen den sich die bayerische Regierung stark erregt hat. Der bayerische Gesandte von Preyer vertretet die Ansicht des bayerischen Landtages, daß eine Kontrolle der bayerischen Strafanstalten durch einen Reichstagsausschuß rechtlich durchaus ungültig sei. Der Reichstag bestätigte ein Kontrollrecht nur innerhalb seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit. Ein Recht zur Reichsaufsicht besitzt nur die Reichsregierung, nicht aber der Reichstag. Gegenüber den Landesregierungen ergibt sich verfassungsgemäß ein Kontrollrecht des Reichstages überhaupt nicht. Gegenüber der Reichsregierung gehe sein Kontrollrecht so weit als die Zuständigkeit der Reichsregierung reiche. Er könne also auch keinen Ausschuß zur Untersuchung über den richtigen Zugang der landesgesetzlichen Bestimmungen in den Landesstrafanstalten einsetzen. Auf Antrag des Abg. Merk (Bayer. Lpt.) wurde von der Ausführung des Beschlusses des Ausschusses auf Besuch der bayerischen Anstalt mit Rücksicht auf die strittige Rechtsfrage Abstand genommen.

Die Banken und die Kreditaktion. Der beim Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes in Sachen der Kredithilfe bestellte Ausschuß hat beschlossen, den Firmen S. Bleichröder, Deutsche Bank, Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Mendelsohn u. Co. und M. M. Warburg u. Co. in Gemeinschaft mit dem Präsidium des Zentralverbandes die Vertretung des Bankgewerbes bei weiteren Verhandlungen mit der entsprechenden Kommission des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der anderen beteiligten Stellen zu übertragen. Zur Bearbeitung der Reorganisation des Eisenbahnbewesens in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht betreffenden Fragen ist ein weiterer Ausschuß gebildet worden.

Die oberschlesischen Verhandlungen in Beuthen. Am 9. Dezember haben sämtliche Unter-Kommissionen der deutsch-polnischen Wirtschaftskonferenz ihre erste Sitzung abgehalten. Die Sitzung einzelner Kommissionen beschäftigte sich in der Hauptsache auf Begehungen und Vorstellung der Mitglieder untereinander. In anderen Kommissionen wurden die den einzelnen Mitgliedern vorschwebenden Grundlinien für die weiteren Verhandlungen festgestellt. Die höchsten

Verhandlungen werden in den nächsten Sitzungen beginnen. Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Konferenz Galander hat die deutschen und die polnischen Bevölkerung darum verhindert, daß er sich in den ersten Januartagen nach Oberschlesien begeben will, falls seine Abreise nicht schon früher wünschenswert sein sollte. Über die persönlichen Sachverständigen Galanders ist bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen.

Die Aufhebung der Interessenten abgelehnt. Der Steuerausschuß des Reichstages hat in erster Besprechung die Aufhebung der Interessenten gegen den Besitz der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag der SPD und Genossen angenommen, nach welchem die Steuer eine neue Staffelung und zwar bis zum Höchstbetrag von 4 Prozent (bisher zehn Prozent) erfahren soll.

Heraufsetzung der Werbungsstellen. Nach einer Erklärung des Bundesfinanzministers Berlin ist für die gesamte Reihe von Berufen jetzt eine generelle Einführung dieser Werbungsstellen durchgeführt worden. Die Finanzbehörden haben dem Parlament eine Änderung vorgeschlagen. Dem Reichstag liegt bereits eine Novelle vor, die eine Heraufsetzung der Werbungsstellen bis auf 3500 Mark vorstellt. Da die Novelle bis zum 15. Dezember erledigt werden soll, in der übrigens auch die Abgabefähigkeit der Krankenversicherungsbeiträge wieder eingeschürt werden soll, wird vom 1. Januar 1922 die Höhe der Werbungsstellen wieder etwa 4000 Mark erreichen dürfen.

Die Dreiklasseneinteilung der Beamten. In einer Besprechung der Parteiführer im Reichstag wurde vereinbart, daß für die höheren besteuerten Orte die Auszahlung der Zeuerungszuschläge zu den Beamtengehältern noch vor Weihnachten stattfindet, daß aber das Dreiklasseneinteilung nochmals dem Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten zur Beratung zugehen soll, so daß also die Gesetzesvorlage nicht ohne eine Debatte verabschiedet werden kann, wie ursprünglich in Aussicht genommen.

Ein besonderer Staatskommissar für die Groß-Hamburger Frage. Die Mitteilung, daß der frühere Minister Dr. Südekum zum besonderen Staatskommissar zur Bearbeitung der Groß-Hamburger Frage ernannt worden sei, wird vom amtlichen Preußischen Pressedienst dahin ergänzt, daß die Ernennung bereits vor fünf Wochen, und zwar noch unter dem Kabinett Stegerwald vollzogen worden ist.

Dr. Wirth über die Kreditaktion.

Eine Kanzlerrede im Reichswirtschaftsrat.

Der Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich in der Vollzügung am Sonnabend mit dem Antrag über Errichtung einer Kreditverbindung des deutschen Gewerbes. Der Reparationsausschuß hat bereits am 25. November einstimmig eine Entschließung angenommen, in der er die unverzügliche Durchführung der Kreditaktion und entschlossene Maßnahmen gegen die Deftizitätswirtschaft, aber ohne Vergrößerung der beiden Fragen durch Bedingungen der Industrie fordert. Nach kurzer Debatte, in der eine Beratung der Abstimmung im Plenum beantragt worden war, griff auch der Reichskanzler Dr. Wirth in die Beratung ein.

Der Kanzler hat den Reichswirtschaftsrat, den Gesetzentwurf zu verabschieden, um mindestens die innere Vereinheitlichkeit durch äußere Reichen zu befunden. Den Sommer hindurch haben wir wiederholt — so erklärt Dr. Wirth — die Möglichkeit einer Kreditaktion durchgesprochen. Schritte nach der Richtung der Kreditförderung sind offiziell und offiziell unternommen worden. Das ernsthafte Bemühen der Regierung, für Januar und Februar für Gelddeckung zu sorgen, hat eine größere Erörterung hervorgerufen. Aus der Kreditfrage ist eine Erörterung des Reparationsproblems geworden. Deutschlands Wirtschaft darf nicht isoliert für sich betrachtet werden. Das Schicksal der deutschen Wirtschaft ist verbunden mit der Wirtschaft Europas und damit mit der Weltwirtschaft. Jedoch in dem Augenblick, wo von den englischen und französischen Staatsmännern in London gerade diese Frage diskutiert wird, können wir eine große Debatte nicht führen, das wäre nicht nützlich. Verabschieden Sie den Gesetzentwurf als

ein Zeichen innerer Bereitwilligkeit, an der Lösung der Kreditfrage mitzuwirken und der Regierung ein Instrument in die Hand zu geben, und sprechen Sie damit die Hoffnung aus, daß die ganze Welt auch an diesem Reichen erkennen möge, daß in Deutschland alle Kreise bereit sind, am Wiederaufbau in Deutschland und der ganzen Weltwirtschaft mitzuwirken. Dr. Rathenau, das Mitglied dieses Hauses, wird ja in einigen Tagen Ihnen über seine Eindrücke in London Bericht erstatten können. Freilich ist es auch zunächst besser, zu schweigen, wo große Gedanken reisen, anstatt zu reden und nachher zu sehen, wieviel Vorzeilen verschlagen ist. (Zustimmung.) Wir sehen den nächsten Tag mit Spannung und einer Hoffnung entgegen.

Die Rede des Kanzlers hatte den Erfolg, daß der Beratungsantrag abgelehnt wurde und das Haus in die Beratung des Antrages eintrat.

Rundschau im Auslande.

Frankreich richtete eine Note an Spanien, in der es mit dem Abbruch der Verhandlungen in der Sitzung droht.

Der jugoslawische Ministerpräsident Bositch, der mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt war, stellte dem König sein Mandat zur Verfügung.

Oesterreich: Konsantherror im Burgenland.

Konsanther und seine polnischen Spiesgesellen machen Schule in Ungarn. Durch sozialeide terroristiche Alte suchen die Ungarn unter Mithilfe der ungarischen Behörden die Abstimmung in Ledenburg zu sabotieren. Alle Kreise der österreichischen Regierung bleiben — anscheinend

oberschlesien — erfolglos. Neuerdings hat die Wiener Regierung bei der Generalwahl und den Wiener Gemeindewahlen einen Sieg erzielt. Da bei Österreichfreundlichen Elementen die Möglichkeit einer freien Meinungsfreiheit steht, wäre die Abstimmung wenige Tage nach dem Einmarsch interallierter Truppen eine Fazit, die Oesterreichs Rücktritt von der Abstimmung zur Folge haben könnte. Die österreichische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Abstimmung nicht unter freiem Terror eintritt und auf Grund absolut falscher Wahlrechte ein folgen darf.

Irland: Die Spaltung der Sinnfeiner.

Der Führer der Sinnfeiner De Valera wird wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem englischirischen Abkommen von der irischen Presse heftig angegriffen. Das nationalistische Organ "Freemann's Journal", das die Wahl von De Valera bisher stets gebilligt hat, fordert jetzt, daß das irische Volk die irischen Delegierten, die den Vertrag mit der britischen Regierung abgeschlossen haben, bis zum nächsten Jahr unterstößt. Das Blatt der Südwalesischen "Daily Times" erklärt, das Volk werde De Valeras Erfolge mit Begeisterung feiern. Wenn Irland den Vertrag, der ihm das größte Maß von Freiheit bietet, verwerfen werde, so werde die Sympathie der ganzen Welt verlieren. Der Führer der Sinnfeinerdelegation in London, der den Vertrag mit der britischen Regierung unterzeichnete, ist nicht, der stets als die treibende Kraft der Sinnfeinerdelen bewiesen wurde, der auf die Ablehnung des Vertrages durch De Valera mitgeteilt, er werde zu dem stehen, was er unterstößt habe. Er glaubt, daß der Vertrag zwischen Irland und Großbritannien die Grundlage für Frieden und Freundschaft zwischen den beiden Nationen sein werde.

Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates. In vergangener Woche haben die unaufhörlichen Schwankungen der Devisen einen sichtbaren Einfluß auf die Getreidepreise geübt. Diese gingen im Anschluß an die Notierungen der ausländischen Währungen bis zum 6. Dezember kräftig in die Höhe, um dann ziemlich energisch wieder abzufallen. Im allgemeinen war die Marktlage des Weizens auch bei der Aufwärtsbewegung keine sonderlich feste, weil die Mühlen infolge eines sehr schlechten Weihnaßes nur spärlich Käfer für Weizen waren. Um so selber war die Lage des Roggens bis zum letzten Dienstag gewesen, da eine täglich wachsende vielseitige Kauflust sich am Markt zeigte, die nur schwer in den vorhandenen Öfferten genügend Material fand und willig höhere Preise anlegte. Gerste wurde anfangs von den Brauereien stark gefaßt. Indessen waren diese zu den geschlagenen Preisen alarmierend vorstelliger im Kauf geworden und beachteten in der Hauptstadt nur gute markierte Qualitäten, während mittlere und geringere Sorten mit ihrem zunehmenden Angebot weniger gesucht waren. Für Mais waren infolge der gestiegenen Döllnotierungen die Preise von 275—300 bis zum Dienstag auf 330—350 Mark gestiegen, dann aber, als die Devisen zurückgingen, ermäßigten sich die Einschlagspreise des amerikanischen Weizen-Mais so erheblich, daß Importeure daraufhin wieder mit besseren rentablen Öfferten an den Innemarkt kamen.

Der Stand des Markts. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	10. 12.	9. 12.	1914
100 holländische Gulden	6783	6740	167,—
100 belgische Franken	1393	1411	80,—
100 dänische Kronen	3561	3545	112,—
100 schwedische Kronen	4520	4590	112,—
100 italienische Lire	819	884	80,—
1 englisches Pfund	769	771	90,—
1 Dollar	187	188	4,20
100 französische Franken	1455	1488	80,—
100 schweizerische Franken	3621	3671	80,—
100 tschechische Kronen	215	216	—

Gedenktafel für den 11. Dezember.

1852 † Der spanische Feldherr Herzog von Alba in Villaviciosa (* 1507) — 1783 * Der Dichter Max von Schenkendorf in Ellingen (* 1817) — 1883 * Der Sozialpolitiker Adolf Stöcker in Berlin († 1909) — 1843 * Der Naturforscher und Geograph Philipp Boullata in Wien (* 1854) — 1912 † Prinzregent Luitpold von Bayern in München (* 1910) — 1915 Yuan Shih Kai wird Kaiser von China.

Gedenktafel für den 12. Dezember.

1766 † Der Dichter Johann Gottlieb Gottsched in Leipzig (* 1700) — 1801 * König Johann von Sachsen in Dresden (* 1873) — 1821 * Der Schriftsteller Gustave Flaubert in Rouen (* 1820) — 1844 * Der Maler Peter von Cornelius in Düsseldorf (* 1908) — 1899 † Der Wissenschaftler und Geograph Philipp Boullata in Wien (* 1854) — 1912 † Prinzregent Luitpold von Bayern in München — 1916 Friedensangebot der Mittelmächte.

Schloß Damersow.

Ein Familienroman von Erich Knopf.

(37. Fortsetzung.)

Sie nickte, ohne aufzublicken. Er zog ihr behutsam die Hände vom Gesicht.

„Sie mich an, Berghen, und sprich dich aus.“

„Ich — ich — bange mich so sehr — nach Hause. Ich werde mich an dieses Land und seine Menschen nie gewöhnen können, Berhard, nie, nie, nie.“ Sie schluchzte herzerbrechend.

„Das habe ich vor sechs Jahren auch gedacht, Adele, und doch bin ich ungern wieder ausgegangen.“

„Damit du dich aber gleich davon überzeugst, will ich dich zu einer Dame führen, die schon acht Jahre in Palparajo lebt und aus Hannover stammt. Es ist die Frau eines Kollegen, dem es hier sehr gut geht.“

„Aus Hannover? Aus Deutschland?“

„Wir können uns also deutsch unterhalten?“

„Über freilich! Glaubst du denn daß wir die einzigen Deutschen in Palparajo sind? Bewahre! Im Deutschen Club kannst du täglich Deutsche treffen, wenn du Sehnsucht nach deutschen Lauten verspürst.“

Das wirkte wie ein Zaubertrank. Wenn das der Fall war, dann konnte sie wieder Hoffnung schöpfen; dann fühlte sie sich nicht gar so losgelöst, wie sie zuerst vermeint hatte.

Sie trocknete ihre Tränen.
Berzeih, Gerhard, daß ich schwach geworden bin,
Ich will mir Mühe geben, mich hier einzuleben."
Ob ich daran gezwiegt hätte. Schon, aber nun
komm!"

Beide traten auf die Straße, mieteten sich ein Ge-
schäft, und hielten nach einer guten Biertestunde vor
einem palastähnlichen Gebäude, das von hohen Palmen
und Tropengewächsen flankiert wurde. Ein einheimi-
scher Diener, der das Paar schaß musterte, übernahm
die Anmeldung. Schon nach wenigen Augenblicken er-
schien die Frau des Hauses in legerer Kleidung im
Türrahmen. Sie eilte auf die Ankommenden mit allen
Beinen freudigen Erstaunens zu.

"Welche Überraschung! Sie, Herr Hinrichsen wie-
der in Salparais? Und mit Ihrer jungen Frau? Höflich!
Herrlich! O, wie ich mich freue!" Sie begrüßte
den Ingenieur herzlich und zog dann Adele gleich
in Ihre Arme.

Frau Kumpfer mochte in der Mitte der dreißiger
Jahre sein. Sie war von lebhaftem Temperament, hatte
dunkles Haar und gebräunten Teint. Ihre milden Züge
ruhten mit fast militärischem Ausdruck auf dem blassen
Gesicht der Frau Hinrichsen. Sie ahnte mit dem natür-
lichen Instinkt der Frau sofort, wie es in der Seele der
Angekommenen ausfah.

In einem traumhaften Winde der prunkvollen Woh-
nung lagen die Drei nun stundenlang zusammen und
tauschten Eindrücke und Erinnerungen aus.

Ihr Mann war vor acht Jahren als Bahningenieur
hier angekommen. Bei den Trossierungsarbeiten einer
neuen Gebirgsbahn wurde eine wertvolle Erzader ent-
deckt. Die Aktiendreier der Gesellschaft erwarben nun das
ganze Gelände, in welchem die Prospektoren das Erz
durch Bohrungen festgestellt hatten, und errichteten ein
Bergwerk. Kumpfer trat zu der neu gegründeten Berg-
werksgesellschaft über und wurde noch vier Jahren
technischer Direktor mit einem hohen Gehalt und Anteil
am Gewinn. Das Bergwerk lag nicht weit von der
Hafenstadt entfernt. Es wurde im sogenannten Tagebau
ausgebaut, d. h. von oben her abgesprengt und ab-
getragen, etwa so, wie man einen Steinbruch verwei-
tet. Die verbliebene Anwesenheit auf dem Berge war
nur an zwei bis drei Tagen in der Woche nötig. Kumpfer
fand deshalb seinen Wohnsitz in Salparais, welches bis dahin einem steinreichen Reeder
gehört hatte.

Das war in kurzen Umrissen der Lebensgang ihres
Mannes in Amerika, den sie der aufsuchenden Adele
zur Information mitteilte.

"Aber wie ist's mit Ihrer Unterkunft?" unter-
brach sie sich plötzlich. "Haben Sie schon ein Asyl ge-
funden?"

Die Frage wurde verneint.

"Das ist ein Glück. Hier ganz in der Nähe ist etwas
Passendes für Sie. Ein reizendes kleines Haus im
Villenstil, mit Garten. Es wird Ihnen gefallen. Ein
Profiteur eines großen Handelshauses hat es bisher
bewohnt. Jetzt ist er abberufen worden. Das Haus
steht seit mehreren Wochen leer. Ich bitte Sie, noch
heute eine Besichtigung vorzunehmen. Wenn es Ihnen

Arbeitsbursche
wird sofort angenommen.
G. S. Leicher Nachf.

Stüdhofen
Und zu haben bei
M. Richter, Gartenstraße 244.

Wibowa
Das gute
Bohner-
Wachs!
★

Wibowa
Sonderheller (Brennabor)-
Kinderwagen
Kinderstühlchen,
Kindersportwagen
preiswert zu verkaufen. Zu er-
fahren in der Geschäftsstelle.
Schätzlich: Drogerie Hugo Müller

Soeben erschienen:
Fernsprechteilnehmer-
Berzeichnis

Der Templer Dippoldiswalde, Schmiedeberg, Ripsdorf und Rauenstein.
Handlich und übersichtlich

Preis 3.— M.

Zu haben:
In Dippoldiswalde beim Verleger, Buchdruckerei Carl Jähne,
in Schmiedeberg: Buchbinderei und Buchdruck. Rüdiger,
in Ripsdorf: Drogerie Paul Haller,
in Altenberg: Buchbindermeister Schäfer,
in Geising: Buchbindermeister Herrschel.

Auch die Zeitungsrediger der "Weißeritz-Zeitung"
nehmen Bestellungen an.

pagt, mögen wir sofort einen Spaziergang dahan. Ich
werde die Führung übernehmen."

Natürlich möchte es Ihnen. Es kommt Ihnen wie ge-
wünscht.

Alle drei begaben sich gleich darauf zu der kleinen
Villa. Frau Kumpfer hatte nicht zu viel gesagt. Es
war in der Tat ein schmuckes Häuschen, das sich Ihnen
jetzt präsentierte; es war wie geschaffen zu einem traum-
haften Heim für eine kleine Familie, die gern für sich
zu leben gedachte. Da Adele großes Gefallen fand,
natürlich an der Inneneinrichtung, kam der Abschluß
unmittelbar zu stande.

"Gott sei Dank! Jetzt haben wir ein Heim!" Hin-
richsen atmete erleichtert auf. Eine Sorge war er los.

"Und ganz in der Nachbarschaft von Ihrer Freun-
din. Das will doch auch etwas sagen!" meinte läufig die
Frau Direktor. "Ihr junges Weibchen kann sich nicht
mehr so vereinsamt fühlen. Wenn sie sich aussprechen
will, ist sie in drei Minuten bei mir. Mein Boudoir
steht für Sie zu jeder Tagesstunde offen."

(Fortsetzung folgt.)

Teuertungskrawalle in Pommerschen.

Militär muß einschreiten. — Ein Offizier massakriert.
Schneide müh. 10. Dezember. Infolge der ständig
steigenden Teuerung ist es in mehreren großen Orten Pol-
nisch-Westpreußens, vor allen Dingen in Graudenz, Thorn,
Kulm und Dirschau, zu den bekannten Teuerungskrawallen
gekommen, in deren Verlauf in Graudenz und Thorn sogar
Militär auf Anordnung der Polizei mit der blanken Waffe
einschreiten mußte. In Graudenz, wo der gesamte Wochen-
markt von einer mehrtausendköpfigen Menge buchstäblich
ausgeplündert wurde, hat es auf beiden Seiten Tote und
Verwundete gegeben. Ein Offizier der Weichsel-Ulanen
wurde vom Pferde gerissen und erschlagen.

Nicht genug gesrost!

Unzureichende Kohlenlieferungen.

Genf, 10. Dezember. Der "Temps" meldet: Die Bot-
schafterkonvention gab der deutschen Regierung bekannt, daß
für den Monat November die deutschen Kohlenlieferungen
um 390 000 Tonnen zurückgeblieben sind.

Noch bedeutend höhere Postgebühren.

Über die am 8. Dezember vom Reichsrat beschlossenen
Postgebühren-Erhöhungen hinausgehend, hat die Postver-
waltung nach einer Mitteilung der "Postzeitung" den Regie-
rungen der einzelnen Länder eine neue Vorlage unterbreitet,
die wesentlich höhere Tarifssätze fordert. Diese sollen anstelle
der vor wenigen Tagen beschlossenen vom 1. Januar ab gelten.
Die Postkarte soll darnach im Ortsverkehr 75 Pf., im Fern-
verkehr 1,25 M. kosten. Die Gebühr für einen Brief wird
im Ortsverkehr 1,25, im Fernverkehr 2 M. betragen. Der
Vorschlag steht bei den Telegrammgebühren eine Erhöhung
für das Wort auf 1 M. und eine 10-M.-Mindesgebühr für
Telegramme vor. Diese neuen Gebühren betragen durch-
schnittlich 2000% der Gebühren vor dem Kriege. Wie das
Blatt weiter mitteilt, sollen auf dieser Grundlage auch die
Eisenbahntarife aufgebaut werden. Der Fahrtkiloometer, der

75 Pf. kostet, soll abweichen.

Den billigsten Mantel

erhalten Sie, wenn Sie Ihren eigenen
reinigen oder färben lassen in der

Färberei Theodor Kunst
Dippoldiswalde.

Gut und preiswert

kaufst man im größten Auswahl prima Rohhaararbeiten sowie sämtliche
Wäsch' u. Bekleid'waren, Aufzubretter in allen Art. u. Größen, ff Sou-
teche, Neje, eleg. Coupé-Koffer, Friz. Kämme für Herren u. Damen bei

Marg. Jungnickel, Schuhgasse.

Fräulein, welches Lust hat, das

Damenfrisieren

gründlich zu erlernen, kann sofort oder später unter günstigen Be-
dingungen in die **Ernst Engelmann, Damen- und Herrenseifeur**,
Lebie eintreten bei

Fräulein, welches Lust hat, das

Futterkartoffeln

— à 3t. 50.— M. — hat abzugeben

Bernhard Jädel, Dippoldiswalde

Borwark St. Nikolai.

PATENT-BÜRO
Beratung und Anwältnische per-
sonliche. Ich oder Brieflich. Der leitende
Patentberater Synd. H. Koch
ist auch jetzt seines Amtes erweckt.
Seit 1905 bekannt u. empfohlen.
Dresden - A. Schönstraße 2.
Patente. Zeichnungen.
Verwertung.

Zum Backen

empfiehlt
feinste Weylernmehl,
Margarine
zu billigen Tagespreisen,
Sultana, große Rosinen,
Korinthen, bittere
Wandel, Mandeln,
Sofan, ekt.,
Vanille in Schoten,
Zitronen und
Speisefestzucker
in außer Qualität.

Herr. Anders am

Visitenarten G. Jähne.

für nächste Öster in Landwirt-
schaft gezeigt. Zu erfahren in
der Geschäftsstelle.

Gleiche

behält. Rein
auf dem Leibe. Durch Zucker's
Patent-Medizinal-Seife wurden die
Blecken in 3 Wochen beseitigt. Diese
Seife ist kostengünstig. 9. 12.
Dresden - C. Zwickel-Creme (nicht leitend
und fehlhaltig). In allen Apotheken,
Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

1 Kässenschrans,

wie neu, 78×56×50 cm,
ähnlich groß, mit Unterlaß, zu
verkaufen. Näheres in der Ge-
schäftsstelle.

4 teiliger

Riegel - Bier - Käse
mit vollständigem Zubehör u. verl.
Erzeugungsweise Waldburg,
Herrn: Ripsdorf 157.

Fröhliches

Ostermädchen

für nächste Öster in Landwirt-
schaft gezeigt. Zu erfahren in
der Geschäftsstelle.

vor dem Kriege dritter Klasse 3, zweiter Klasse 4/, und
erster Klasse 7 Pf. gekostet hat, wird nach dem neuen Tarif
80 bzw. 90 bzw. 140 Pf. kosten. Durch die neuen Ge-
bührensätze soll unbedingt erreicht werden, daß die staatlichen
Betriebe keine Reichszuschüsse mehr erhalten. Die Fern-
sprechgebühren sollen auf 100% gegenüber den Gebühren-
tarif vom 1. Oktober erhöht werden.

Lokal-Erfindungssachen.

(Vom Patentbüro Krueger, Dresden-A.

Ankündigungen an die Leiter kostenlos.

Ludwig Trapp, Glasbläse; Jettempel (Uhrtempel (Sm)) —
Franz Böhme, Dippoldiswalde; Holzbäcker (Sm.) — Weißer-
talwerk G. m. b. H., Dippoldiswalde; Empfängerfutter für die Wer-
kstätte der Autogenmaschinen (Sm.) — und Lagerung des Ein-
paukfutters für die Werkstätte der Autogenmaschinen. (Sm.) — Ludwig Trapp, Glasbläse; Stromschlußvorrichtung (Minuten-
kontakt) für die Hauptuhr elektrischer Uhranlagen. (Sm.)

Feierabend Dippoldiswalde vom 10. Dezember 1921.

Es wurden aufgetrieben 12 Fertel und 5 Läuse; die
Fertel wurden zum Preis von 160—250 Mark pro Stück
verkauft.

Sprechsaal.

Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.

Raum hat die Verteilung der Sachen aus dem Erb des
Wohltätigkeitskonzerts stattgefunden, schon regt sich wieder
Reiz und Mitzgunst. Ausgerechnet Fräulein Hellriegel, die
am meisten Müh darum gehabt hat, bekommt einen Brief,
anonym natürlich, in dem ihr unter anderem Vorwürfe ge-
macht werden, es wären zu wenig Arme und Kriegerwitwen
berücksichtigt worden. Wer, wie ich, es täglich mit ange-
hoben habe, wie sie sich seit Monaten damit geplagt hat, wie sie auch
außerhalb der wöchentlichen Röhnachtsmisse, jede Viertel-
stunde, die ihr die sonstige Arbeit freilegt, früh, abends,
Sonntags, dafür verwendet hat, der könnte nur tief entrüstet
und empört sein über den gehässigen Ton — wenn wir nicht
leider ähnliches nur zu oft schon erlebt hätten. Die Vor-
würfe sind ohne weiteres hinfällig, denn 1. hat Fräulein Hell-
riegel gar nicht die zu Bedenken bestimmt, sondern eine
Kommission von 7 Personen, 2. hat diese Kommission doch
nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und auch Kri-
egerwitwen berücksichtigt, 3. wer hat denn überhaupt einen
Anspruch und ein Recht, sich zu beklagen, wo es sich um ganz
freimäßige, selbstlose Liebestätigkeit handelt? Hätte Herr
Lehrer Grüner mit seinen Sängern und Sängerinnen nicht
dass Konzert veranstaltet, hätte Fräulein Hellriegel mit ihren
Helferinnen (auch arme, alte Mütterchen haben Strümpfe
mit gestrichen!) nicht die Sachen gesertigt, so hätte es eben
nichts gegeben, und es hätte auch gehen müssen. Ich dachte,
die Armen unserer Gemeinde hätten allen Grund, Fräulein
Hellriegel nur dankbar zu sein, statt sie zu kränken und ihr
Wehe zu tun, noch dazu in einer Zeit, wo sie mitten in den
arbeitsreichen Vorbereitungen zur Weihnachtsfeier stehet.
Wer wollte es ihr dann verdenken, wenn sie eines
Tages die Hände von der undankbaren Arbeit lädt? Dann
scheint zu, wer noch so für euch sorgt! Pastor Moßen.

Gewinn-Liste

des Wohltätigkeitsvereins „Sächs. Fechtschule“
Zweigverein Reinhardsgrimma.

Bei derziehung am 11. Dezember der Warenverlosung sind nach-
stehende Nummern gezogen worden:

7	15	17	18	28	30	33	36	38	40	49	50	68	75	77	87	100	103	107
109	111	118	123	128	133	135	138	146	147	151	152	160	163	170				
179	188	192	195	197	202	206	207	208	209	211	213	217	224	229				
237	242	251	252	261	278	287	297	307	310	315	316	318	319					
322	324	326	329	330	332	334	337	336	337	384	388	396	399	401				
402	404	407	412	414	415	423	425	440	443	448	450	453	456	469				
473	483	487	493	494	498	506	508	510	511	515	533	534	544	546				
547	549	552	556	562	564	568	572	574	579	581	587	590	608	611				